

SVP Fraktion

Medienmitteilung
02.12.2020

Dringliche Interpellation zur Frage: Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?

Die SVP Fraktion wird an der nächsten Landratssitzung vom 3.12.2020 eine dringliche Interpellation zur Frage, ob wir die Migranten in der Corona-Krise erreichen, einreichen.

Bezüglich der Ansteckungsorte und -wege mit dem Corona-Virus tappen die Behörden mehrheitlich im Dunkeln. Verfügte Massnahmen basieren zu wenig auf statistischen Auswertungen und entsprechenden Erkenntnissen, als vielmehr auf Vermutungen zu den Ansteckungswegen. Obschon die Pandemiebekämpfungsmassnahmen auf ein paar einfachen Verhaltensregeln (Abstandhalten, Hygienemassnahmen, Maskentragen) und einfachen ergänzenden Hinweisen (Anzahl Personen bei Zusammenkünften) fussen, verdichten sich die Hinweise, dass insbesondere Personen mit Migrationshintergrund gar nicht erreicht werden, diese Regeln entweder nicht verstehen oder nicht beachten. Hinweise darauf ergeben sich aus Medienberichten über den Umstand, dass eine überdurchschnittliche Anzahl Migrantinnen und Migranten positiv getestet wird. Zudem zeigen die örtlichen "Hotspots" der positiv Getesteten eine auffällige Häufung in Gemeinden resp. Quartieren mit hohem Anteil an fremdsprachigen Einwohnern.

Es ist zudem zu vermuten, dass auch die Coronastationen inkl. Intensivbetten und Beatmungsplätze in den Spitälern überproportional von Personen mit Migrationshintergrund belegt sind; diese Beobachtung äussern zumindest Personen, die in den Teststationen oder Spitälern arbeiten. Eine objektive Auswertung zu dieser Frage liegt offenbar aktuell nicht vor.

Dazu erwarten wir vom Regierungsrat entsprechende Antworten auf Einzelfragen (siehe beiliegende Interpellation).

Beilage: Interpellation

Für Rückfragen: Hanspeter Weibel, Landrat SVP 061 402 03 08

Parlamentarischer Vorstoss

wird durch System eingesetzt

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?
Urheber/in:	SVP Fraktion
Zuständig:	Hanspeter Weibel
Mitunterzeichnet von:	Wird durch LKA ergänzt
Eingereicht am:	3. Dezember 2020
Dringlichkeit:	Als dringlich eingereicht

Ausgangslage

Bezüglich der Ansteckungsorte und -wege mit dem Corona-Virus tappen die Behörden mehrheitlich im Dunkeln. Verfügte Massnahmen basieren zu wenig auf statistischen Auswertungen und entsprechenden Erkenntnissen, als vielmehr auf Vermutungen zu den Ansteckungswegen. Obschon die Pandemiebekämpfungsmassnahmen auf ein paar einfachen Verhaltensregeln (Abstandhalten, Hygienemassnahmen, Maskentragen) und einfachen ergänzenden Hinweisen (Anzahl Personen bei Zusammenkünften) fussen, verdichten sich die Hinweise, dass insbesondere Personen mit Migrationshintergrund gar nicht erreicht werden, diese Regeln entweder nicht verstehen oder nicht beachten. Hinweise darauf ergeben sich aus Medienberichten über den Umstand, dass eine überdurchschnittliche Anzahl Migrantinnen und Migranten positiv getestet wird. Zudem zeigen die örtlichen "Hotspots" der positiv Getesteten eine auffällige Häufung in Gemeinden resp. Quartieren mit hohem Anteil an fremdsprachigen Einwohnern.

Es ist zudem zu vermuten, dass auch die Coronastationen inkl. Intensivbetten und Beatmungsplätze in den Spitälern überproportional von Personen mit Migrationshintergrund belegt sind; diese Beobachtung äussern zumindest Personen, die in den Teststationen oder Spitälern arbeiten. Eine objektive Auswertung zu dieser Frage liegt offenbar aktuell nicht vor.

Frage 1

Muss der Regierungsrat bestätigen, dass keine entsprechenden Auswertungen erstellt werden, obwohl die Datengrundlagen (Nationalität, Geburtsort, Anwesenheitsstatus) in den Testzentren und beim Spitaleintritt erfasst werden? Welche Vorgaben von Bund und Kanton gelten für die Datenerfassungen und Auswertungen in den Testzentren?

Frage 2

Ist der Regierungsrat bereit, regelmässig entsprechende anonymisierte Auswertungen vornehmen zu lassen, um weitere Massnahmen gezielter treffen zu können?

Wenn nein, weshalb nicht?

Frage 3

Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass mit der gezielten und sprachenkompatiblen Ansprache dieser Bevölkerungsteile die Pandemiebekämpfung zielgerichteter und erfolgversprechender erfolgen könnte als mit Massnahmen nach dem "Vermutungsprinzip" (Restaurant, Sportstätten, Veranstaltungsschliessungen), welche insgesamt wirtschaftsschädlich sind und allen, die Steuern zahlen, mehr Geld kosten?

Frage 4

Aktuell sieht der Flugplan des EAP u.a. tägliche Flüge Richtung Türkei und Balkan vor. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, Reiserückkehrer (auch beim Wiedereintritt in die Schweiz per Auto oder Car) einem obligatorischen Schnelltest zu unterziehen; und bei positivem Testresultat die Einhaltung der Isolation (wenn nötig auch polizeilich) zu überwachen?

Frage 5

Ist der Regierungsrat bereit, diese Problematik, die gesamtschweizerisch angegangen werden muss, dem Bundesrat zu unterbreiten?

Liestal, 3. Dezember 2020

Unterschrift:

Einreichen der persönlichen Vorstösse:

- Ein Vorstoss gilt als eingereicht, wenn er datiert und handschriftlich unterzeichnet in Papierform abgegeben wird (bis 15 Min. nach dem Beginn der Landratssitzung). -
- Bitte schicken Sie den Vorstoss zudem als Word-Datei per E-Mail an landeskanzlei@bl.ch